

Zeitschrift: Schweizer Pioniere der Wirtschaft und Technik
Herausgeber: Verein für wirtschaftshistorische Studien
Band: 117 (2020)

Artikel: Der Energiepapst : Wirken, Werk und Werte von Michael Kohn (1925-2018)
Autor: Lüönd, Karl
Kapitel: 3: Die Energiewende 1960-1980 : wie es zu Kaiseraugst kam und wie es endete
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095725>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



III

DIE ENERGIEWENDE 1960–1980: WIE ES ZU KAISERAUGST KAM UND WIE ES ENDETE

Atomtechnik gegen thermische Kraftwerke / Unterschätzte
Grenzprobleme am Rhein / Besetzung als Dauer-Happening /
Vereinzelte Gewalttaten / Tschernobyl brachte das Ende

Besetzung des Baugeländes
in Kaiseraugst im April 1975.

Auf der Suche nach der neuen Energiequelle: Vorgeschichte und Randbedingungen von Kaiseraugst

In den 1960er Jahren vollzog die Schweizer Energiepolitik eine Wende. Die Zeit der Wasserkraftwerke ging zu Ende; jedes Ausbauprojekt begegnete erbittertem Widerstand von Naturschützern. Doch der Strombedarf stieg weiterhin, die Alternative wären thermische Kraftwerke auf der Basis von Kohle oder Erdöl gewesen, die niemand wollte: zu dreckig und erst noch zu teuer! Der Historiker Patrick Kupper fasst zusammen: «Andere Energiequellen wurden innerhalb der Elektrizitätswirtschaft nicht ernsthaft in Betracht gezogen. Alternative Technologien wie die Photovoltaik waren zwar bekannt, fristeten aber ein Schattendasein. Der Zukunftsdiskurs in der Energiefrage war völlig durch die Atomenergie beherrscht.»

Mit seinem Sinn für das Wirtschaftliche, seiner Auslandsfahrung und seinen Vorkenntnissen in Management ging der Ingenieur Michael Kohn zur richtigen Zeit an den Karrierestart. In diesen 1960er Jahren vollzog er innerhalb von Motor-Columbus den Übergang vom planenden Ingenieur zum technisch versierten Manager. Nach Zervreila und dem Aufenthalt in Israel kam zunächst eine Zeit als Projektingenieur in Baden, unter anderem für die Engadiner Kraftwerke in Scuol, dort aber noch nicht federführend. Dann begann die Planung für das schweizerisch-französische Projekt Emosson, das letzte der grossen Alpenkraftwerke.

Die Sorgen von Motor-Columbus

Schon in den 1930er Krisenjahren hatte Motor-Columbus grosse Sorgen. Die Kraftwerksbauten von Ryburg-Schwörstadt und Piottino in der Leventina waren ausgerechnet zu der Zeit fertig geworden, als die Weltwirtschaftskrise aus- und damit der Stromverbrauch einbrach. Die Firma, welche Finanzierungstechnik und Engineering verband, antwortete mit einer Vorwärtsstrategie und baute 1932 in weniger als einem halben Jahr die berühmte erste Hochspannungsleitung über den Gotthard. Dass die Masten schon damals für die spätere Betriebsspannung von 220 Kilovolt ausgelegt wurden, darf als Beleg für den Weitblick der Erbauer gelten. Damit wurde Motor-Columbus zur Marktführerin im Leitungsbau, zumal sie wegweisende technische Innovationen patentierbar machte, darunter einen aus Porzellan gefertigten Isolator sowie die ausbetonierten Rohrleitungsmasten, die in alle Welt lizenziert werden konnten.

Dank der Gotthardleitung, die in der Öffentlichkeit mit dem ersten Alpenflug verglichen wurde, kam es 1936 zur Gründung der Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel), was eigentlich eine Kooperationsform zwischen den Elektrizitäts-

werken Olten-Aarburg und Officine Elettriche Ticinesi war. Schon nach wenigen Jahren kontrollierte die Atel dank ihres logistischen Vorsprungs den innerschweizerischen Stromaustausch. Mit der Atel konnte Motor-Columbus ihre Wertschöpfungskette in Richtung Stromverteilung zu den Endverbrauchern hin verlängern. Dies sollte sich unter dem Gesichtspunkt der Rentabilität als goldener Entscheid erweisen. In späteren Jahren war die finanzkräftige Tochter Atel wiederholt die Stütze ihrer Mutter Motor-Columbus.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, in der Periode des stürmischen Ausbaus der Wasserkräfte, traten Motor-Columbus und die Atel häufig als erfolgreiches Team auf. Motor-Columbus besorgte die Projektierung und die Bauleitung, die Atel kümmerte sich um die Produktion und die Vermarktung des Stroms. Michael Kohn erinnerte sich an die damaligen Prioritäten in der Firma:

«Es brauchte viel politische Beziehungspflege mit Gemeinden und Kantonen, denn es herrschte ein scharfer Wettbewerb um wasserrechtliche Konzessionen. Die Elektrowirtschaft war extrem föderalistisch und politisch. Motor-Columbus verstand sich als technischer, zugleich aber auch als finanzieller Treiber neuer Kraftwerkprojekte. Aber Elektrowatt war häufig schneller und stärker, nicht zuletzt weil sie die Kreditanstalt im Rücken hatte. Wir hingegen gehörten zur «Grossfamilie» der Bankgesellschaft.»

Unendlich lange Projektierungszeiten waren das Merkmal des schweizerischen Kraftwerkbaus. Längst machten sich die Sachkenner in Baden und anderswo keine Illusionen mehr: Die Zeit der alpinen Wasserkraftwerke neigte sich dem Ende entgegen. Wer den gesellschaftlichen Auftrag, die Stromproduktion sicherzustellen, ernst nahm, musste sich nach neuen Energiequellen umsehen.

Komplexe Projekte im In- und Ausland

Nach seiner Rückkehr aus Israel betätigte sich Kohn insbesondere mit Wirtschaftlichkeitsberechnungen von Kraftwerkprojekten. Sein Aufstieg innerhalb von Motor-Columbus bis zum Direktor war steil:

«Nachdem ich in Zervreila für die Berechnung der Staumauer verantwortlich gewesen war, wurde ich beim Projekt der Engadiner Kraftwerke jetzt auch mit Fragen nach der Wirtschaftlichkeit konfrontiert. Ich hatte drei direkte Vorgesetzte: den Ingenieur Dr. Guido Hunziker, den Ingenieur William Cottier, der vor allem die (konzessions-)politische Seite des Geschäfts betreute sowie den kaufmännisch-administrativen Chef Dr. Fritz Funk (1898–1968), der aus der Gründerdynastie der BBC stammte und deren Interessen bei der Motor-Columbus AG wahrnahm. Hunziker



EIN KERNKRAFTWERK MITTEN IN ZÜRICH

Als das Fernheizkraftwerk, das die Gebäude der Eidgenössischen Technischen Hochschule mit Wärme und Heisswasser versorgte, 1956 an seine Grenzen stiess, hatte der Direktor des Kraftwerks und Professor für angewandte Elektrotechnik, Bruno Bauer (1887–1972) eine Idee. Gemeinsam mit renommierten Maschinenfabriken wie den Gebrüdern Sulzer (📖 40, Johann Jakob Sulzer und Salomon Sulzer) und der Brown, Boveri & Cie. (BBC) plante Bauer – und ab 1957 sein Nachfolger Walter Traupel (1914–1998) – den Bau eines kleinen Kernkraftwerks unterhalb der Clausiusstrasse, unweit des ETH-Hauptgebäudes. Projektiert war ein Druckröhrenreaktor mit schwerem Wasser als Moderator und Natur-Uran als Brennstoff. Vorgesehen war der Ausbruch von zwei Kavernen – eine für den Reaktor, eine für die Maschinenhalle. Zur Kühlung des Reaktors war ein überirdischer Turm geplant. Dieser sollte mit Limmatwasser gespeist werden, wobei das Wasser über einen Stollen vom Fluss hinaufgepumpt worden wäre. Dieser Durchgang bestand in den fünfziger Jahren bereits; er wurde als Frischwasserzufuhr für das Heizkraftwerk genutzt und sollte im Fall eines Reaktorunfalls auch als Fluchtweg dienen. Etwa die Hälfte der Reaktorleistung war zum Heizen vorgesehen, eine Turbogruppe sollte die restliche Energie in Elektrizität umwandeln. Ein Elektrizität produzierendes Atomkraftwerk mitten in einer Stadt wäre weltweit eine Neuheit gewesen.

Neben dem ETH-Reaktor wurde gar über ein zweites Atomkraftwerk phantasiert: Die BBC überlegte sich, mit einer Anlage im Üetliberg die gesamte Stadt Zürich mit Strom zu versorgen. Das ETH-Projekt wurde 1956 beim Schweizerischen Schulrat eingereicht und stiess auf Wohlwollen. Bedenken bezüglich Sicherheit äusserte er keine. Nach dem Ja des Schulrats wurden der Zürcher Regierungsrat und der Stadtrat um eine Standortbewilligung und um je eine halbe Million Franken angefragt. Auch sie unterstützten das Vorhaben der Arbeitsgruppe ohne zu zögern.

Natalie Avanzino, in: Neue Zürcher Zeitung, 21. März 2011.



schlug mich 1962 für die Direktion vor. Noch bevor ich formell Mitglied der Direktion wurde, fielen Guido Hunziker und Fritz Funk fast gleichzeitig aus gesundheitlichen Gründen aus, und wir waren in der Direktion plötzlich nur noch zu zweit, nämlich William Cottier, der sich mit Führungsaufgaben nicht wirklich wohl fühlte und ich, der noch am Lernen war.

Zu Beginn befasste ich mich vorrangig mit den südamerikanischen Beteiligungen, weil das niemand anderer tun wollte. Ich war in dieser Zeit sicher etwa zehnmal in Buenos Aires und konnte eigentlich nur noch dazu beitragen, unsere Verluste zu begrenzen. Es war eine schwierige und sehr intensive Zeit. Ich musste einen Beruf ausüben, den ich noch zu lernen hatte: internationales Management, gespickt mit vielen politischen und diplomatischen Fallen.»

Für die Finanzierung des auf rund 750 Millionen Franken veranschlagten Emosson-Projekts wurden 26 Emissionen benötigt. Auch hier musste Michael Kohn wieder lernen: Finanzierungstechnik «on the job». Die Banken verlangten ursprünglich einen Eigenmittelanteil von 40 Prozent, was Motor-Columbus und ihrer Partnerin Electricité de France (EDF) unzumutbar erschien, denn die waren darauf bedacht, ihre Eigenmittel zu schonen. Dass der junge und mit den Feinheiten des Finanzmarktes noch nicht so vertraute Direktor Michael Kohn schliesslich einen Abschluss auf der Basis 20:80 erreichte, trug ihm viel Anerkennung ein.

Die guten Beziehungen zur Electricité de France trugen auch in anderer Hinsicht Früchte. Da der Bau von Kernkraftwerken in der Schweiz bekämpft wurde, entwickelte Kohn mit der EDF eine Lösung, die beidseitig befriedigte. Motor-Columbus und die Atel offerierten den Franzosen Geld, damit auf dem Territorium Frankreichs ein Kraftwerk erstellt wurde. Die Franzosen zahlten den Kredit mit Strom zurück. Auf dieser Basis wurden später in Frankreich drei Kernkraftwerke mit Schweizer Geld gebaut.

Am 30. Oktober 1962 wurde Michael Kohn mit 37 Jahren formell in die Direktion von Motor-Columbus aufgenommen. In einem Interview mit der «Weltwoche» sagte er, er sei «mit der Zeit an die Kommandopulte herangerutscht.»

«Natürlich liess ich mich nicht einfach herumschieben. Ich wollte durchaus «heranrutschen», will sagen: Karriere machen. Die entscheidende Frage war: Kann ich das? Will ich das? Und dazu habe ich bedingungslos ja gesagt.»

Klar ist, dass Michael Kohn vom vorübergehenden Führungsvakuum bei Motor-Columbus profitierte. Ein Weggefährte sagte, er habe es verstanden, «seine Ideen gut zu verkaufen und sich selber auch». Das Glück stand dem Tüchtigen zur Seite.

Nuklear-Abteilung vs. thermische Kraftwerke

Ab 1964 gab es bei Motor-Columbus auf Initiative des neuen Direktors eine Abteilung für Atomenergie. Dafür konnten drei wichtige Mitarbeiter gewonnen werden: der Kernphysiker Alain Colomb aus dem engsten Umfeld von Paul Scherrer (1890–1969) sowie zwei Koryphäen, die Kohn direkt beim Eidgenössischen Reaktor-Institut (EIR) abwarb: den Maschineningenieur Max Kläntschli und den Chemiker Peter Graf (*1929). Anfänglich hatte diese neue Abteilung nur wenig zu tun. Motor-Columbus war froh, dass sie 1965 für die Bernischen Kraftwerke (BKW) wenigstens eine Sicherheitsstudie für Mühleberg anfertigen durfte. Der direkte Nachbar, die Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK), hingegen, der an der vornehmen Badener Parkstrasse Haus an Haus mit Motor-Columbus residierte, zeigte an den Ingenieurdienstleistungen der Firma kein Interesse.

Das fundamentale Problem von Motor-Columbus war damals: Ein grosser Teil des Kapitals war im schweizerischen Kraftwerkbau gebunden, aber dessen Zukunft war eigentlich schon Vergangenheit. Wo noch Projekte liefen, stiegen mit den Kosten die wirtschaftlichen Risiken massiv, wie man bei Emosson und bei den Engadiner Kraftwerken gesehen hatte. Die Atomenergie, die man durchaus kannte und seit langem genau verfolgte, war als wirtschaftliche Alternative noch nicht ausgewiesen. Noch 1962 bezweifelte Walter E. Boveri (1894–1972) im Verwaltungsrat von Motor-Columbus, vermutlich gestützt auf das Urteil der BBC-Spezialisten Dr. Rudolf Sontheim (1917–2007) und Rudolf W. Guck, deren Wettbewerbsfähigkeit.

Gestützt auf diese Überlegungen hatte der Verwaltungsrat von Motor-Columbus im Mai 1962 auf Antrag von William Cottier beschlossen, für 15 Millionen Franken Land zu kaufen, um darauf ein thermisches Kraftwerk zu errichten. Zunächst entschied man sich für ein Terrain in Rietheim bei Zurzach, doch erwies sich dieser Kauf bald als ungünstig. Erstens gab es Bedenken wegen der möglichen Gefährdung der Grundwasservorkommen, zweitens war der Rhein nicht so weit hinauf schiffbar, was den Transportverkehr von und zu einer späteren Grossbaustelle verteuert hätte. 1963 kaufte Motor-Columbus zusätzlich den Asphof in Kaiseraugst (AG) – zunächst freilich nicht für einen Kraftwerkbau, sondern um vorsorglich Land für Realersatz zu beschaffen. In der Folge wurden aber die Projektstandorte Rietheim und Kaiseraugst parallel verfolgt. Elektrowatt, der ewige Rivale, wälzte zu der Zeit ähnliche Pläne im nahen Sisseln.

Doch in der Region gab es entschiedenen Widerstand gegen thermische Kraftwerke, der ernst genommen wurde, weil er aus der Mitte der eingesessenen bürgerlich-bäuerlichen Gesellschaft kam. Der Bauernpolitiker Isidor Bürgi (1923–2020) mobilisierte die Bevölkerung gegen die unvertrauten grosstechnischen Anlagen, indem er an den «Fluorkrieg» erinnerte, der noch gar nicht so

bilanz

November 11/1978

Fr. 3.50

Schweizer WirtschaftsRevue

Konjunktur

*ABC
der Arbeitsbeschaffung*

100000-Franken- Anleger

*Für Grossbanken
eher Kleinfutter*

Saurer

Saure Zeiten

Mann des Monats
Energie-Zar Michael Kohn

**bilanz-Service:
Wandelanleihen**

Michael Kohn als «Mann des Monats» auf der Titelseite der «Bilanz», 1978.

lange zurücklag und der die Region aufgewühlt hatte. Fluorhaltige Abgase aus der Aluminiumfabrik im benachbarten Badisch-Rheinfeldern hatten Tiere und Kulturen geschädigt, und der Streit um die geschuldeten Entschädigungen hatte jahrelang gedauert. Diese Auseinandersetzung hatte zwar mit der Kraftwerkfrage nichts zu tun, eignete sich aber bestens, um Widerstände gegen undurchschaubare grosstechnische Projekte zu schüren. Auch die Aargauer Regierung teilte die Skepsis und forderte zahlreiche Gutachten an, was mit Sicherheit eine enorme zeitliche Verzögerung der Pläne bedeutet hätte; dieses Szenario kannte man ja schon aus den Alpen. Wohin die Reise wirklich gehen würde, nahm der Bundesrat schon in seinem Rechenschaftsbericht für das Jahr 1963 vorweg, als er ankündigte, «ernsthaft und unverzüglich zu prüfen, ob auf die als kurzfristig gedachte Zwischenstufe von konventionellen thermischen Kraftwerken nicht verzichtet und unmittelbar auf den Bau und die Inbetriebnahme von Atomkraftwerken zugesteuert werden sollte».

Die Kernkraft wurde damals als die neue, umweltschonende und wahrhaft moderne Energiequelle wahrgenommen. Als die Gemeindeversammlung von Kaiseraugst am 29. Januar 1964 gegen den Antrag des Gemeinderates fast einstimmig die bedingungslose Ablehnung der Pläne für ein thermisches Kraftwerk beschloss, musste Motor-Columbus einsehen, dass sie schlecht kommuniziert hatte. Schon zwei Wochen später gaben die NOK bekannt, sie wollten auf der Aareinsel Beznau bei Böttstein das erste Kernkraftwerk der Schweiz bauen. Damit war die Idee eines thermischen Kraftwerks vor den Toren Basel endgültig

THERMISCHE KRAFTWERKE

Thermische Kraftwerke (Wärmeleistungswerke) wandeln Wärme (thermische Energie) in Elektrizität um, meist indem Wasser erhitzt und mit dem Wasserdampf Turbinen angetrieben werden. Dazu gehören eigentlich auch Kernkraftwerke, doch wird der Begriff zumeist und auch hier für konventionelle bzw. fossil-thermische Kraftwerke gebraucht. Deren Betrieb setzt grosse und leicht erschliessbare Vorkommen fossiler Brennstoffe wie Erdöl, Kohle oder Erdgas voraus. Fossil-thermische Kraftwerke gerieten wegen der Umweltbelastung durch Emissionen und Abwärme früh in Verruf.

gestorben. Noch aus der Distanz von annähernd 50 Jahren stellte Michael Kohn – gestützt auf eigenes Erleben und Mitgestalten – die Entwicklung so dar:

«Ich habe nie an die thermische Energie geglaubt, denn ich hatte in Haifa und Tel Aviv die 400- bis 800-Megawatt-Anlagen gesehen, die damals als die modernsten thermischen Kraftwerk-Typen galten und dennoch eine enorme Umweltbelastung verursachten. Ich konnte mir schlicht nicht vorstellen, in einem dicht besiedelten Land mit einer direkten Demokratie wie der Schweiz für solche Russ und Schwefel ausstossenden Ungetüme je eine Volksmehrheit zu finden. Kernenergie dagegen galt als sauber und problemlos. Die Atomabfälle waren damals noch kein Thema.

Für mich waren die thermischen Kraftwerke aber noch aus einem anderen Grund nur ein Intermezzo zwischen Wasser- und Kernkraft: Man sah, dass die drei technologischen Leaderfirmen in den USA – General Electric, Westinghouse und Babcock & Wilcox – zusammen über eine Milliarde Dollar riskierten, um Referenzanlagen der Kerntechnik in Betrieb zu nehmen. Wenn sich diese Konkurrenten finanziell derart engagierten, konnte es doch nicht falsch sein, auf diese Energie zu setzen!»

Wichtige Vorentscheide: Standort und Reaktortyp

Die Geschäfte der neuen Nuklear-Abteilung bei Motor-Columbus gingen nach wie vor noch nicht gut. Die internationale Konkurrenz war stark und zahlreich; zum Teil hatte sie mehr Erfahrung als Motor-Columbus. Doch immer wieder vertrat Michael Kohn vor dem Verwaltungsrat die Auffassung, man müsse sich die Kenntnisse und damit die Marktanteile jetzt sichern; später sei es zu spät.

Neben der Arbeitsbeschaffung und der technologischen Aufholjagd standen in diesen ersten Jahren für Michael Kohn zwei Probleme im Vordergrund: die Wahl des Reaktortyps sowie die Klärung der Standortfrage für das schweizerische Kernkraftwerk des Verbundes BBC/Motor-Columbus/Atel, das nach seiner festen Überzeugung über kurz oder lang kommen musste. Nach eingehenden Studien empfahl Max Kläntschi einen Siede- bzw. Druckwasserreaktor, was eine Abkehr vom Schwerwasserprinzip bedeutete und Flusswasserkühlung erforderte. Hätte man damalige amerikanische Sicherheitsanforderungen auf die dicht besiedelte Schweiz übertragen wollen, wäre es schwierig geworden, denn die geforderte «Zone mit wenig Bevölkerung» im Umkreis von mehr als zehn Kilometern war in Schweizer Flusslandschaften schlicht nicht zu finden. Als Alternative wurde – wie in Lucens – der Einbau des Reaktors in eine unterirdische Kaverne erwogen.

Immerhin ergaben die Abklärungen auch, dass die beiden von Motor-Columbus durch vorsorglichen Landerwerb gesicherten Standorte (Rietheim und

Kaiseraugst) in Frage kamen. Hat auch die Nähe zur Basler Industrie für die Standortwahl eine Rolle gespielt? Michael Kohn winkte ab:

«Die Chemie wollte uns nicht. Sie hatten das Gefühl, wir belasteten Basel und die Bevölkerung (Flusserwärmung, Angst vor Dampf, Sicherheitsbedenken; im Hintergrund standen Hiroshima/Nagasaki). Offiziell sind die Chemischen nie als Gegner aufgetreten, aber sie haben uns nie gemocht. Und viele ihrer Angestellten – naturwissenschaftlich ausgebildete Leute mit hohem Autoritätsbonus in ihren jeweiligen Wohngemeinden – haben sich später aggressiv gegen uns gewandt.»

Besonders aufmerksam wurde in Baden die inzwischen erhärtete Feststellung der Amerikaner vermerkt, dass die Rentabilität der Kernkraftwerke stieg, je mehr Leistung installiert wurde. Die Grenze verlief damals, 1964, etwa bei 550 Megawatt. Nochmals Patrick Kupper: «Etwa zeitgleich mit Kläntschis Studien traf eine bedeutsame Nachricht aus den USA ein, die zweifelsfrei zu dokumentieren schien, dass die Atomenergie eben dabei war, den Schritt zur wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit zu vollziehen. Im Dezember 1963 verkündete die Jersey Central Power & Light den Abschluss eines Vertrages mit General Electric, in Oyster Creek ein Atomkraftwerk zu bauen.»

Zum fixen Preis von 68 Millionen Dollar verpflichtete sich General Electric, die schlüsselfertige Anlage zu liefern: den Reaktor, die Turbinen und die restlichen Anlageteile. Sie würde die Gebäude erstellen und Montage und Lizenzierung der Anlage ebenso übernehmen wie das Training des Personals. Damit war das konkurrierende Angebot eines thermischen Kraftwerks aus dem Feld geschlagen. Es war nicht schwierig zu erraten, dass der mächtigste Elektrokonzern der Welt ein unwiderstehlich günstiges Angebot abgegeben hatte, um sozusagen mit dem Brecheisen in den als zukunftsträchtig beurteilten Markt der Kernkraftwerkbauten einzudringen – auch um den Preis massiver Anfangsverluste.

Standortgemeinden begrüßten Kernkraftwerke freudig

Die öffentliche Wahrnehmung der Kraftwerk-Grossprojekte in der Schweiz war damals paradox. Wie das Abstimmungsergebnis in Kaiseraugst gezeigt hatte, gab es für thermische Kraftwerke politisch keine Chance. In Beznau hingegen stiess das Kernkraftwerk der NOK auf allgemeine Zustimmung. Der Gemeinderat der zuständigen politischen Gemeinde Döttingen äusserte sich sogar hoch erfreut darüber, als Standort der ersten Schweizer Anlage dieser Art ausersehen zu sein. Schon wurden ausserdem die Pläne der traditionellen Motor-Columbus-Rivalin Elektrowatt in Leibstadt bekannt.

Noch herrschte in der Schweiz eine Hochkonjunktur, die in bemerkenswerter Naivität als selbstverständlich und von manchen als unumkehrbar aufgefasst wurde. Die dominierenden politischen Traktanden waren Konjunkturdämpfungsprogramme und die Überfremdungsangst. Die Schweiz war ein Land im Wachstumsrausch. Noch war das Problembewusstsein um die Grosstechnologie nicht Allgemeingut. Das sollte sich nur allzu schnell ändern. Kaiseraugst sollte einer der Leuchttürme für den Mentalitätswandel werden.

Nicht die politische Akzeptanz war in dieser frühen Phase das Hauptproblem der Schweizer Kernkraftwerke, sondern deren Eingliederung in die ausgesprochen kleinräumig organisierte Schweizer Elektrizitätswirtschaft mit ihren über tausend Werken. Wie sollte die Bandenergie, die in den riesigen Meilern produziert würde, sinnvoll in die Netze eingespeist werden können, wenn alle grösseren Marktteilnehmer ihre eigenen KKW-Pläne wälzten? Da lag der Gedanke an einen ausländischen Partner nahe – und für Motor-Columbus stand derjenige im Vordergrund, den man seit 1954 kannte und mit dem man im Grossprojekt Emosson schon bestens zusammengearbeitet hatte. Michael Kohn:

«Natürlich dachten wir beim Stichwort «Partner» sofort an die Electricité de France (EDF). In all den Jahren seit 1954 standen Motor-Columbus, EDF und die Vermarkterin Atel wegen des laufenden gemeinsamen Wasserkraftprojekts Emosson in ständigem engem Kontakt zueinander. Doch unsere französischen Freunde waren zunächst merkwürdig zurückhaltend. Es war die Zeit, da Staatspräsident Charles de Gaulle die Autonomie der französischen Atomtechnologie hoch und vor allem zu den Amerikanern Abstand hielt. Offizielle Kontakte der Techniker und Wissenschaftler mit den Amerikanern waren damals politisch schwierig. Trotzdem brannten unsere Kollegen von der EDF darauf, den Wissensstand der Amerikaner in allen Details kennen zu lernen. Das Kaiseraugst-Projekt wurde schliesslich zur offiziell geduldeten Schiene, auf der die Franzosen auch die amerikanische Siedewassertechnik kennenlernen durften. Kaiseraugst gefiel den Franzosen wegen der Lage, denn sie bevorzugten natürlich einen Standort möglichst nahe bei Frankreich.»

Übergangene Basler stützten die Besetzer

Im Frühjahr 1966 kündigte Motor-Columbus den Bau des Kernkraftwerks in Kaiseraugst nahe Rheinfelden öffentlich an, zuerst an der Gemeindeversammlung der Standortgemeinde, und die verlief positiv. Michael Kohn notierte: «Die Stimmung war uns wohlwollend geneigt, und man darf wohl sagen, dass wir politisch gelandet sind.» In der Folge pflegte Motor-Columbus die Standortgemeinden sorgfältig. Man hatte aus dem Kommunikationsdebakel von 1963/64 um das thermische Kraftwerk gelernt. Der Kontakt zwischen Bauherrschaft und Gemeinderat war eng. Es wurden Reisen organisiert, um ausländische Kernkraftwerke zu besichtigen. Es fanden regelmässige Informationsveranstaltungen statt. Kohn referierte, wo immer man ihn liess: von der Regionalplanungsgruppe Unteres Fricktal bis zum Rotary Club Rheinfelden. Aktiv blieb freilich auch die lokale Oppositionsgruppe, die schon das thermische Kraftwerk bekämpft hatte.

Der fundamentale Stimmungsumschwung in der Standortgemeinde Kaiseraugst, der sich zwischen 1968 und 1971 ereignete, war an den Ergebnissen zweier kommunaler Abstimmungen ablesbar. Im Dezember 1968 bewilligten die Kaiseraugster noch mit 97 gegen 14 Stimmen die Umzonung des Areals Asphof in die Industriezone, um die Voraussetzungen für den Bau des Kernkraftwerks zu schaffen. Doch schon im folgenden Jahr, als es um die definitive Bestätigung dieses Beschlusses ging, lehnte die Gemeindeversammlung mit dem Zufallsmehr von 46 gegen 45 Stimmen ab. Da wegen zu vieler Stimmenthaltungen das vorgeschriebene Quorum nicht erreicht wurde, ordnete der Gemeinderat eine Urnenabstimmung an, in der erstmals lokale Projektgegner massiv auftraten.

Kühlwasser-Gutachten erzwang Kühltürme

In der Urnenabstimmung setzten sich die KKW-Befürworter mit 174 gegen 125 Stimmen noch einmal durch. Dass die Stimmbeteiligung völlig ungewöhnliche 97 Prozent betrug, deutet auf den Hitzegrad der lokalen Auseinandersetzung hin. In der Zwischenzeit war jedoch das Kühlwasser-Gutachten von Fritz Baldinger (1910–1996) bekannt geworden; es stieg die Angst vor lokalen Klimaveränderungen. Als im Gefolge der Kontroverse um das Kühlungssystem die Aussicht konkret wurde, dass zwei je 115 Meter hohe Kühltürme gebaut würden, kippte die öffentliche Meinung in Kaiseraugst. Nun hatten die KKW-Gegner auch ihr bedrohlich wirkendes optisches Signet. Am 15. Juni 1972 lehnten die Bürger von Kaiseraugst den Bau mit 279 gegen 88 Stimmen ab, obwohl das Projekt reichliche Aufträge für das Gewerbe und eine halbe Million Franken Steuereinnahmen, jährlich wiederkehrend, versprach.



a

a und b | Die Slogans auf den Spruchbändern der Besetzer verrietern, dass die Opposition gegen das Kernkraftwerk Kaiseraugst zumindest am Anfang der Besetzungsgeschichte von Kaiseraugst sehr unterschiedlich motiviert war. Für die einen war Radioaktivität schlicht und ergreifend «die sanfte Mörderin» (oben: Besetzung vom 8. Juni 1975). Andere Demonstranten traten mit durchaus differenzierten Argumenten auf: «Keine blinde Opposition gegen den Fortschritt, aber Opposition gegen den blinden Fortschritt!» (Aufnahme vom April 1975).



b

NICHT DIE UNFÄLLE, SONDERN DIE KÜHLTÜRME BRACHTEN DEN STIMMUNGSWANDEL

Zum Ärger der Schweizer Industrie, die – wenn auch vorsichtig – an der Vision vom eigenen Reaktor festhielt, traten die öffentlich beherrschten Kraftwerksgesellschaften NOK und BKW auf die verlockenden Angebote der Amerikaner ein. So entstanden die ersten Kernkraftwerke: Beznau I (1969), Beznau II (1972) und Mühleberg (1972). Die Amerikaner boten schlüsselfertige Anlagen zu fixen Kosten und mit weitgehenden Garantien an, Instruktion des Bedienungspersonals inbegriffen. Die Konzerne Westinghouse (Druckwasserreaktor) und General Electric (Siedewasserreaktor) lieferten sich einen heftigen Konkurrenzkampf; die Schweizer Abnehmer profitierten davon.

Schon 1958 hatte die Verflechtung von militärischer und ziviler Atomtechnik die politische Ebene erreicht. Die Führung der Schweizer Milizarmee war mehrheitlich fasziniert von den atomaren Möglichkeiten. Pazifistische und kirchliche Kreise hielten dagegen und gründeten die «Schweizerische Bewegung gegen die atomare Aufrüstung». Doch ihre Atomverbots-Initiative wurde 1962 mit 65 Prozent Mehrheit vom Volk klar abgelehnt. Im Jahr darauf wurde auch die Initiative der Sozialdemokraten, die den Beschluss zur Atombewaffnung der Schweiz dem Referendum unterstellen wollte, mit 62,2 Prozent Nein abgelehnt. Kein Zweifel: Die Atomtechnik, Atombewaffnung der Armee nicht ausgeschlossen, war damals mehrheitsfähig.

Nicht einmal der schwere Zwischenfall von Lucens (VD) änderte zunächst etwas an dieser Tatsache. Am 21. Januar 1969 kam es dort in einer Versuchsanlage zu einem Ereignis, das man heute als «Gau» bezeichnen würde. In der Atomanlage erhitzte sich ein Brennelement. Es kam zu einer Explosion. Die Radioaktivität in der Kaverne stieg stark an, die Bedienungsmannschaft musste ihre Arbeitsplätze fluchtartig verlassen. Die amtliche Untersuchung dauerte zehn Jahre und endete mit einem verharmlosenden Fazit; dabei würde der Vorfall heute auf Stufe 5 von 7 eingeordnet und wäre damit vergleichbar mit dem Reaktorunfall von

Harrisburg 1979 (→ S. 58). In der Schweizer Öffentlichkeit fand Lucens erstaunlich wenig Echo. Nach wie vor wurde die Kernenergie in einem breiten Konsens von rechts bis links als sauber, sicher und unbegrenzt verfügbar eingeschätzt. Auch die damaligen Umwelt- und Naturschutzorganisationen befürworteten die Kernenergie. Ihre Prioritäten lagen damals bei der Abfallbeseitigung, der Bautätigkeit im Gebirge und, ja, beim Kampf gegen neue Wasserkraftwerke und Staumauern!

In den ersten Schweizer KKW's wurde noch mit Flusskühlung gearbeitet. Erst die Bauherren von Leibstadt (Elektrowatt) und Kaiseraugst (Motor-Columbus) mussten auf Druck des Gewässerschutzes und der Fischerei Kühltürme planen, was den Protest des Landschaftsschutzes hervorrief. Die bis 115 Meter hohen Ungetüme stiessen auf lokale Opposition; die Tourismusorganisation von Rheinfelden beklagte «eine Schockwirkung, eine seelische Belastung». Der Historiker Patrick Kupper machte ausserdem darauf aufmerksam, dass in den 1960er Jahren die Öffentlichkeit ihr Interesse an der Atomtechnologie verlor, ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, «als diese von der futuristischen Utopie zur technisch-industriellen Realität überging». Die Raumfahrt und insbesondere der Wettlauf zum Mond rückte in den Vordergrund des öffentlichen Interesses.

Der grosse Meinungsumschwung fiel ins Jahr 1968, das Jahr der weltweiten Studentenproteste. Die Auflehnung gegen den Vietnamkrieg ging über in verschiedene soziale Bewegungen. Umweltbewusstsein, Konsumkritik und Zweifel an der überlieferten Wachstumsideologie nahmen vor allem bei der jüngeren Generation zu. Die mächtigen Kühltürme wurden sozusagen zum weithin sichtbaren Wappen der entstehenden Protestbewegung. Zugleich meldeten sich, zuerst im Kanton Neuenburg, die ersten grünen Parteien. Die Ölkrise von 1973 im Gefolge des Jom-Kippur-Krieges offenbarte die Abhängigkeit der westlichen Industriestaaten von der fossilen Energie. In diesem politisch-mentalischen Umfeld entwickelte sich der Konflikt um das geplante Kernkraftwerk Kaiseraugst bis an den Rand einer Staatskrise. Und eine der exponiertesten Persönlichkeiten in diesem Ringen war Michael Kohn.

Dazu kam ein regionalpolitisches Problem. Die Grenzgemeinde Kaiseraugst gehörte zwar noch zum Kanton Aargau, war aber siedlungs- und verkehrstechnisch ein Teil der Agglomeration Basel, die zur Kernkraftwerkfrage zunächst nicht gefragt wurde und auch nichts zu sagen hatte. Die mentale Distanz der Gemeinde Kaiseraugst zum Kantonshauptort Aarau war noch grösser als die durch die Hauensteinkette markierte geographische. Die weiter unten am Rhein liegenden Kantone Baselland und Basel-Stadt fühlten sich übergangen und wurden mächtige Verbündete der Opposition. Kaiseraugst rückte zum grossen Thema der Region Basel auf. Die Opposition war am Anfang durchaus keine linke, sondern eine regionale, auch von massgebenden Bürgerlichen gestützte Bewegung. Schon im Mai 1970 war das «Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst» (NAK) gegründet worden; als Tagespräsident trat dort kein Geringerer auf als der freisinnige Baselbieter Ständerat Werner Jauslin (1924–2015).

Später wurde die ursprünglich auf Gewässerschutz-Argumente gegründete Opposition gegen das KKW Kaiseraugst auch von lebensreformerischen und anthroposophischen Kreisen gestützt. Und auf der Linken erwachte der alte Kampfgeist aus der Zeit der pazifistisch motivierten, in die späten 1950er Jahre zurückreichenden Ostermärsche. Bemerkenswert war, dass sich in der Folge der Sprachgebrauch von Befürwortern und Gegnern zu unterscheiden begann. Die Befürworter benutzten den weichen Begriff «Kernkraft», die Gegner wollten die Erinnerung an die Schrecken von Hiroshima und Nagasaki aufrecht erhalten und sprachen konsequent von «Atomkraft». Interessanterweise spielte in der damaligen öffentlichen Diskussion der Nuklearunfall von Lucens (→ S. 50) noch immer kaum eine Rolle. Dafür mischten sich mächtige Einflussgruppen ein, unter anderem die Basler Gewerkschaften, die Ärztegesellschaften und die Fischereiverbände. Zwei Jahre nach der Gründung zählte das NAK schon 1200 Einzel- sowie 14 umliegende Gemeinden als Kollektivmitglieder.

Inhaltlich radikalisierte sich die Bewegung schnell. Ursprünglich hatte sie nicht gegen die Atomkraft an sich, sondern nur gegen den Standort Kaiseraugst gekämpft; später wurde die Gleichung «Atomenergie = technischer Fortschritt» in Frage gestellt und anhand der atomaren Abfälle das dringliche Problem der Betriebssicherheit von AKWs in den Vordergrund gerückt. Immerhin stoppte damals (1970) auch der deutsche Wissenschaftsminister Hans Leussink (1912–2008) ein KKW-Projekt der BASF in Ludwigshafen wegen der Nähe zur Stadt für zwei Jahre.

Im Hintergrund stand eine grundlegende Wende in der öffentlichen Meinung in der ganzen westlichen Welt. Umweltschutz wurde zum grossen Thema. 1968 war der wachstumskritische Club of Rome gegründet worden, 1971 die Kampagnenmaschine Greenpeace. Zur gleichen Zeit begann das Wachstum des WWF Schweiz vom Einmannbetrieb zur Organisation mit 100 Angestellten. Und

am 6. Juni 1971 sagten 92,7 Prozent der Stimmenden und sämtliche Stände Ja zum Umweltschutzartikel in der Bundesverfassung. Eine so starke Mehrheit hatte es in der Schweiz noch nie gegeben.

Die Opposition gegen Kaiseraugst dehnte sich auch ins benachbarte Ausland aus; schliesslich wurde in Wyhl am Kaiserstuhl, weniger als 100 Kilometer von Kaiseraugst entfernt, ebenfalls ein Kernkraftwerk geplant. Die Oppositionsgruppen verbündeten sich. An die Seite der ursprünglich bürgerlich und lokal dominierten NAK (später NWA, Nordwestschweizerisches Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) trat die kämpferische basisdemokratische GAK (Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst) aus dem Kreis der Basler Jungsozialisten.

Erste Besetzung mit freundlicher Genehmigung der Bauherrschaft, doch die Konfrontation spitzte sich zu

Trotzdem erteilte der Gemeinderat von Kaiseraugst am 5. Dezember 1973 die Baubewilligung für das Kernkraftwerk. Zwischen Weihnachten und Neujahr schritt die GAK zu einer symbolischen ersten Besetzung des Baugeländes. Artig hatten die Aktivisten zuvor die Bewilligung der Grundeigentümerin Motor-Columbus eingeholt – und erhalten! Der Stromkonzern war auf Verständigung und Deeskalation gestimmt. Seit 1969 stand er unter neuer Leitung. Delegierter des Verwaltungsrates war nun Michael Kohn, der die psychologische Grosswetterlage bei seinen Mitbürgern durchaus verstand. In einem der vielen Gespräche für dieses Buch sagte er:

«Es herrschte höchste Hochkonjunktur. Wir Ingenieure der Nachkriegszeit empfanden das Bauen noch immer als patriotische Pflicht, denn überall waren Rückstände aufzuholen. Also gab es KKW-Projekte in Graben/Bern, im Rheintal, in Inwil bei Luzern. Es war eine Boomzeit, man war projektsüchtig. Man machte uns den Vorwurf: Ihr seid ja verrückt, ihr wollt zehn oder mehr Kernkraftwerke bauen. Überall in der Industrie wurden die Kapazitäten um Potenzen gesteigert. Da kam bei vielen Menschen die Reaktion: Es läuft alles zu schnell, wir verstehen nicht, wie es technisch geht und wie das alles gesellschaftlich verarbeitet werden soll. Und im Hintergrund stand immer die Erinnerung an die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki! Und dann die Radioaktivität! Aus dem Gemenge von Fragezeichen wurde Unbehagen, aus Unbehagen wurde Feindschaft. Die links-grüne Seite bemächtigte sich des Themas auf der politischen Ebene. Aber das Unbehagen war flächendeckend.»

In Kaiseraugst nützte die Einsicht in solche Zusammenhänge nichts mehr. Die aargauische Regierung drohte sogar mit der gewaltsamen Räumung. SP-Präsident Helmut Hubacher (1926–2020) berichtete, die Bundesräte Kurt Fur-

gler (1924–2008) und Rudolf Gnägi (1917–1985) hätten sogar einen Militäreinsatz erwogen; Bundesrat Willi Ritschard habe für diesen Fall mit Rücktritt gedroht.

Soweit kam es nicht; die Besetzer zogen sich nach wochenlangen Verhandlungen zurück. Da es ihnen gelungen war, einen grossen Teil der regionalen Bevölkerung für ihr Anliegen zu gewinnen, kam ihr ein grosses politisches Gewicht zu. Die Beteiligung an den Demonstrationen bewies das: Bei Regenwetter kamen am 6. April 1975 rund 15 000 Menschen auf das Baugelände. Zwei Wochen später fanden sich 18 000 Demonstranten auf dem Bundesplatz in Bern ein. Legale und illegale Opposition arbeiteten einander perfekt in die Hände. Der legale Flügel, eine Allianz aus regionalen Kräften, Gewerkschaften, Umweltorganisationen etc. nutzte die Atempause, um im Juni 1975 eine Initiative «zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen» (Atominitiative) zu lancieren. In den Kantonen Baselland und Basel-Stadt wurden parallel dazu kantonale Initiativen gestartet, welche die Kantonsregierungen verpflichteten, sich gegen Atomanlagen und Lagerstätten zu engagieren; diese wurden 1977 (BS) bzw. 1978 (BL) angenommen. Empört sprach die Bauherrschaft von der Manipulation der Massen durch Extremisten und Systemveränderer; zugleich beschuldigte sie vor allem das Deutschschweizer Fernsehen, unverhältnismässig und parteiisch zugunsten der Besetzer zu berichten. Interessant ist die Sicht von Michael Kohn auf die Besetzer-Szene, die er über dreissig Jahre später zu Protokoll gab:

«Die Besetzer hatten ursprünglich nur an eine Aktion von wenigen Tagen gedacht. Aber als sie merkten, dass die Aargauer Polizei wegen der Unschlüssigkeit der Kantonsregierung nicht eingriff bzw. wegen Personalmangels nicht räumen konnte, entschlossen sie sich spontan zur Fortsetzung. Erst durch diese unverhoffte Ermutigung entstand in der Folge überhaupt die Zeltstadt und begann das Dauer-Happening der Besetzung. Unsere Leute hatten zusammen mit dem aargauischen Polizeikommandanten die Besetzerszene im badischen Wyhl besichtigt. Aber weder wir noch die Polizei glaubten ernstlich, dass sich so etwas bei uns wiederholen würde.»

Durch die Besetzung des Kaiseraugster Baugeländes sah sich freilich nicht nur die unmittelbar betroffene Bauherrschaft herausgefordert, sondern der bürgerliche Rechtsstaat schlechthin und alle, die sich zu dessen Bewahrung berufen fühlten. Die SP setzte Willi Ritschard, wie Hubacher bestätigte, massiv unter Druck. Dass die Besetzung schliesslich abgebrochen wurde, hing mit einem von Willi Ritschard eingegangenen Zugeständnis zusammen. Hubacher: «Wir kehrten zufrieden an den Tatort in Kaiseraugst zurück. Mit einem schriftlichen Gesprächsangebot an die Besetzer, unterzeichnet: Willi Ritschard [...] Das Gesprächsangebot von Ritschard war der Anfang vom Ende gewesen. Zum Glück regierte im Energie-wirtschaftsdepartement Willi Ritschard und nicht ein bürgerlicher Hardliner. Der

Einsatz der Armee hätte eine Staatskrise ausgelöst. Sie blieb uns erspart, weil ein Bundesrat das nötige Format hatte, über den eigenen Schatten zu springen.» Michael Kohn liefert aus der Erinnerung die Interpretation von der anderen Seite:

«Was der Bundesrat als ‹flexible Politik› verstand, wurde von den Bauherren, die das Recht auf ihrer Seite glaubten und die durch jahrelange Verzögerungen infolge der legalen Opposition schon ausreichend genervt (und finanziell geschädigt) waren, als ängstliches Kuschen und als Zurückweichen vor der Gewalt der Strasse aufgefasst.»

Die Besetzer hatten damit nochmals entscheidend an Terrain gewonnen. Die Bauarbeiten wurden eingestellt, der Bundesrat erklärte sich zu weiteren Abklärungen bezüglich Einfluss des AKW auf das Klima bereit. Und der Opposition wurden vor der allfälligen Erteilung einer Baubewilligung Gespräche zugesichert. Zugleich setzte die Baugesellschaft ihrerseits ein umfangreiches Informationsprogramm in Gang. Es wurde das «Energieforum Nordwestschweiz» als Aussprachegremium für Politiker und Wissenschaftler mit neutralem Anstrich ins Leben gerufen. Anfang 1977 wurde auf dem Baugelände von Kaiseraugst ein Informationspavillon eröffnet. Im Urteil des Historikers Patrick Kupper hatte diese PR-Offensive aber einen entscheidenden Nachteil: «Sie setzte zu einem Zeitpunkt ein, als viele Menschen und die meisten Organisationen ihre Standpunkte schon bezogen hatten. Die entscheidenden Jahre der Meinungsbildung hatten die Bauherren von Kaiseraugst verpasst.» Warum hat sich das Meinungsbild in Sachen Kernenergie so brüsk gewandelt? Michael Kohn hat neben politischen und gesellschaftlichen auch eine elementare psychologische Erklärung:

«Bei Motor-Columbus hatten wir noch aus der Zeit der Wasserkraftwerke durchaus Übung im Umgang mit der öffentlichen Meinung, auch mit Kritikern und Gegenpositionen. Aussergewöhnlich in diesem Fall war einfach, dass es jetzt um eine Technik ging, die die Menschen nicht verstanden. Selbst wir als Fachleute hatten ja auch noch Mühe damit. Wir unterschätzten wohl die neue, die psychologische Dimension der Bedrohung, die ganz anders war als alle anderen Bedrohungen, die man kannte. Es war die Rede von Krebs und Kindersterben. Das Feld war frei für Angstmacher aller Art und für Spekulationen.»

Unrast in der Trägerschaft, teure Verzögerungen

Was die Besetzer eben nicht wussten: Schon früh hatte auch Motor-Columbus ernstlich erwogen, das Projekt Kaiseraugst fallen zu lassen. Spätestens zu Beginn des Jahres 1971 war klar, dass die Flusswasserkühlung im Durchlaufsystem für die vorgesehene Grösse des Kraftwerks Kaiseraugst nicht genügen würde. Dann

MISCHUNG AUS PFADILAGER UND WOODSTOCK

Am 1. April 1975 besetzte eine bunte Schar, begleitet von hunderten von Demonstranten, das Baugelände von Kaiseraugst und verhinderte damit die geplanten Fundierungsarbeiten. Innert weniger Tage entstand auf der Baustelle ein buntes Hüttendorf, nach der Wahrnehmung des Historikers Michael Fischer «eine Mischung aus Pfadilager und Woodstock. Die Hippie-Kultur machte sich breit. Die Jugendlichen sassen ums Lagerfeuer, musizierten, sangen und tanzten. Ein buntes Gemisch von Menschen fand sich zusammen: junge Revoluzzer, Familien mit Kindern, ältere Menschen, Handwerker, Professoren, Hausfrauen, Künstler und Bauern. Es wurde diskutiert, informiert, gebaut, gewaschen und gekocht. Bauern fuhren mit Kühen auf, und zwischen den Zelten weideten die Schweine. Auf dem Gelände wurden Hütten, Baracken, eine Kantine, ein Kinderhaus und in der Mitte ein grosses Rundhaus gebaut, wo die Versammlungen abgehalten wurden. Die Vollversammlung etablierte sich schnell zum «obersten Organ der Aktion». Auf einer improvisierten Bühne wurden Reden gehalten und gefordert, den Bau der AKW zu stoppen, bis ein demokratischer Volksentscheid vorliege.»

a und b | Die Besetzung des Baugeländes trat zunächst als kurzfristiges und friedliches Happening mit Lagerfeuerromantik und einem Hauch von Pfadfinderlager in Erscheinung. Jung und alt, Einheimische und Zugewanderte begegneten sich und bestätigten sich gegenseitig im Widerstand gegen das befürchtete technische Monster. Bilder vom April 1975.



a



b

beschloss der Bundesrat überraschend, ohne Konsultation der Stromwirtschaft und zu deren heller Empörung, die Flusswasserkühlung nicht zuzulassen. Er stützte sich dabei auf den Bericht Baldinger, der schon im März 1968 abgeliefert worden war, aber mehr als ein Jahr lang geheim gehalten wurde. Michael Kohn:

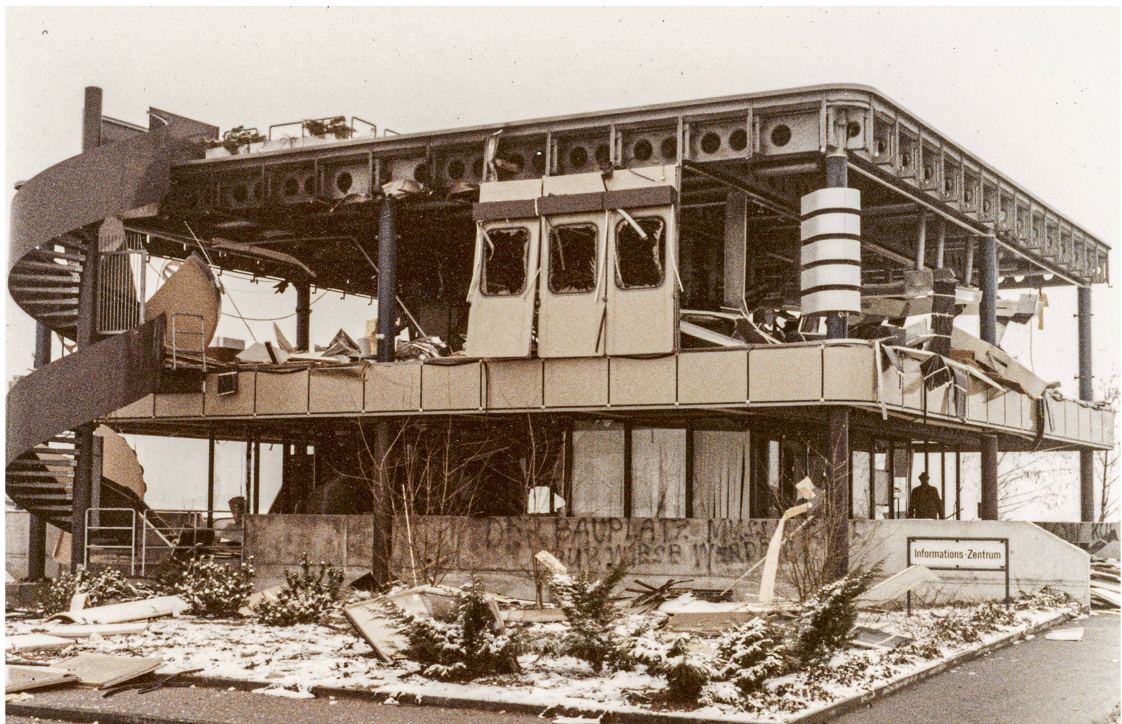
«Die Kühlwasserfrage war für die beiden Basel der willkommene Hebel, um doch noch eine Art von Mitsprache durchzusetzen. Die Komplexität der Frage war an sich schon sehr hoch. Zunächst gab es das wissenschaftliche Problem: Welchen Einfluss würde die Erwärmung des Rheinwassers auf Pflanzen- und Tierwelt im und am Wasser ausüben? Die zweite Ebene war die baurechtlich-administrative. Das Anfang 1970 eingereichte Konzessionsgesuch wurde von der Aargauer Regierung bewilligt und unter anderem von den beiden Basler Halbkantonen an das Verwaltungs- und später an das Bundesgericht weitergezogen. Die dritte Entscheidungsebene war schliesslich die internationale. Die Nutzung des Grenzgewässers bedurfte der Zustimmung der deutschen Nachbarn, und das setzte umständliche internationale Verhandlungen voraus. Dass die Durchlaufkühlung mit Flusswasser nicht genügen würde, wussten wir längst; dafür brauchten wir keinen Druck von Bundesrat Hans-Peter Tschudi (1913–2002), der damals als Vorsteher des Departements des Innern für den Umweltschutz zuständig war.»

Ein Gespür für politische Stimmungen hatten die Bankiers der alten Schule. Dr. Alfred Schaefer (1905–1986; SBG) und Franz Schmitz (1918–2016; SBV) stellten im Motor-Columbus Verwaltungsrat die Weiterführung von Kaiseraugst mehrmals in Frage. Vor allem der Aargauer Schaefer glaubte nicht an die Realisierung. Kohn, damals ein Hardliner, hielt ihm entgegen, ein Verzicht auf den Standort Kaiseraugst würde die Realisierung von Kernkraftwerken in der Schweiz um zehn Jahre zurückwerfen – und Kaiseraugst sei ein Testfall. «Wenn es hier nicht geht, geht es überhaupt nirgends.»

Genau genommen war das Projekt Kaiseraugst schon in einer ersten Krise, bevor der öffentliche Widerstand richtig aufflammte. Die zeitliche Verzögerung der Planung durch die Kühlwasserdiskussion bewirkte nämlich, dass die Ende 1970 mit einem komplizierten Konsortium abgeschlossene befristete Liefervereinbarung auslief. Das Konsortium bestand aus General Electric, Brown Boveri, deren Tochtergesellschaft CEM und dem Firmenkonglomerat Sogerca (Siedewassertechnik). Die Firmen waren untereinander zerstritten, bei einer Neuverhandlung wäre der Preis wesentlich höher zu liegen gekommen. Dazu kam im Inneren des Studienkonsortiums Kaiseraugst (SKK) Unrast auf. Dem Kanton Aargau genügte seine indirekte Beteiligung am Projekt Kaiseraugst über die NOK nicht mehr. Er drängte nun auf eine direkte Beteiligung seines kantonalen Elektrizitätswerks und winkte mit dem Zaunpfahl, indem er auf seinen Einfluss als

Bewilligungsbehörde im Kühlwasserstreit hinwies. In der Folge konnten 1972 die Aargauischen Elektrizitätswerke (AEW) mit 5 Prozent als zwölfter Partner in das Baukonsortium SKK eintreten.

Zwischen 1971 und 1973 kam das Projekt wegen der Kühlwasser- und der Kühlturmfrage fast zum Stillstand. Gleichzeitig zogen neue meteorologische Abklärungen das Verfahren in die Länge. Das hatte teure Folgen. Kupper hat nachgerechnet: «Aufgrund rasanter Preiserhöhungen im Kraftwerksektor und auf dem Kapitalmarkt musste der Voranschlag jährlich um 10 Prozent aufgestockt werden. Die relevanten Anlageteile verteuerten sich in den Jahren 1971–1973 im Mittel um 12,3 Prozent pro Jahr, und im gleichen Zeitraum stieg auch das Zinsniveau auf dem Kapitalmarkt deutlich. Der Preis für die Kilowattstunde, der 1967 noch mit 2,2 Rappen veranschlagt worden war, langte Ende 1973 auf dem Niveau von 3,6–4,2 Rappen an, je nachdem, ob mit 4 oder 10 Prozent Teuerung während der Bauzeit gerechnet wurde.» Weiter machte der technische Fortschritt eine ständige Neuformulierung der Offerten nötig. Mehrmals standen Leistungssteigerungen und wesentliche Änderungen im Projekt-Design (Antriebe, Containment) zur Diskussion, immer mit der Befürchtung, eine neue Standort- und Baubewilligung beantragen zu müssen und damit neue Verzögerungen zu riskieren.



Anschläge wie dieser auf den Informationspavillon in Kaiseraugst, aber auch gegen Autos und Wohnungen von Managern der Stromwirtschaft, begannen den friedlichen Widerstand zu kompromittieren, 1979.

NIE GEKLÄRTE GEWALTTATEN – BIS HEUTE

Im Sommer 1977 kam es im Umfeld von Gösgen zu ersten Sachbeschädigungen. Am 23. Februar 1978 hielten rund 50 Atomkraftwerkgegner in Basel während einer Stunde einen Lastwagen auf, dessen Fracht aus Brennelementen für das Kernkraftwerk Gösgen bestand und bewarfen ihn mit Farbbeuteln. Zwei Tage später wurden mehrere hundert Demonstranten von der Polizei gehindert, die Autobahn an der deutsch/schweizerischen Grenze bei Basel zu blockieren, mit der sie gegen den Transport von Brennelementen zum Kernkraftwerk Gösgen protestieren wollten. Im April wurden nächtens mehrere Gewehrschüsse auf zwei Angehörige der Betriebswache beim Kernkraftwerk Gösgen-Däniken abgefeuert. Es gab keine Verletzten, die Fahndung blieb erfolglos. Im Juli kam es in der Firma Sécheron in Genf zu einem Sprengstoffanschlag auf einen für das Kernkraftwerk Leibstadt bestimmten Transformator. In der Nacht auf den 4. Oktober 1978 wurde auf den Informationspavillon des Kernkraftwerks Gösgen ein Brandanschlag verübt. Am gleichen Tag besetzten acht Atomkraftwerkgegner die Büros der Atel und wurden nach einer halben Stunde von der Polizei weggeführt. Die Publizität wurde konsumiert, die rechtlichen Trümmer von einigen versierten Juristen weggeräumt: Schon im Januar des folgenden Jahres kam es zu einem Vergleich zwischen der Atel und den eingeklagten Atomkraft-Werkgegnern. Sie zahlten einen symbolischen Schadenersatz an eine wohltätige Institution und Genugtuung an zwei geschockte Sekretärinnen.

Auch im Zusammenhang mit dem Projekt für ein AKW in Kaiseraugst kam es zu vereinzelt Gewalttaten. So wurde 1979 der zweistöckige Informationspavillon durch einen Sprengstoffanschlag zerstört – die Ruine wurde jahrelang nicht abgebrochen. In der Ostschweiz verübte der Öko-Terrorist Marco Camenisch Ende der 1970er Jahre Sprengstoffanschläge auf Strommasten.

Auch Michael Kohn wurde in seinem privaten Umfeld kriminell angegriffen. Er lebte allein in einer geräumigen Attikawohnung in einer stillen Quartierstrasse von Zürich-Höngg. Seinen Chevrolet Convair parkte er,

wie polizeilich angeraten, in der abschliessbaren Tiefgarage im Hause. Dennoch wurde das Auto in der Nacht vom 19. zum 20. Mai 1979 durch einen Brand völlig zerstört. Die Stadtpolizei Zürich stellte den Energiemanager vorübergehend unter Personenschutz. Dieser bestand darin, dass Michael Kohn, wenn er abends in die Innenstadt ausging, von einem Polizisten bis zum Paradeplatz begleitet und dort mit dem Vertrauen erweckenden Rat verabschiedet wurde: «Passed Si uuf!»

Nur 48 Stunden nach dem Anschlag in Höngg wurde offenkundig ein überregionaler Terrorplan ausgeführt. Unbekannte verübten fast zeitgleich Brandanschläge in Ennetbaden, Seengen, Hägendorf, Arlesheim, St. Gallen und Locarno. Es waren Anschläge nach dem gleichen Muster, die Folgen waren, mit einer Ausnahme, Totalschäden. Geschädigt wurden immer leitende Mitarbeiter von Elektrizitätsgesellschaften, in Locarno ein Nationalrat, in St. Gallen ein Regierungsrat. In breit gestreuten Bekennerbriefen sprachen die Kriminellen von der «Bestrafung der Geldgeber und Händler des neuen Todesmarktes». Die Täter wurden nie gefasst.

Am 31. März 2011, nach dem Reaktorunglück von Fukushima, explodierte in den Räumen von Swissnuclear in Olten, einer Organisation der AKW-Betreiber, beim Öffnen der Post eine Briefbombe. Zwei Mitarbeiterinnen wurden beim Anschlag verletzt und mussten hospitalisiert werden. Die Explosion war so stark, dass eine Bankfiliale, die sich im gleichen Gebäude befindet, vorübergehend geschlossen werden musste. Die Adresse auf dem kartonähnlichen Umschlag sei nicht von Hand geschrieben gewesen. Die Briefbombe von Olten deutete auf Anarchisten aus Italien. Sie hat keinen direkten Bezug zur AKW-Debatte. Ein Sprecher der Bundesanwaltschaft sprach von einer «neuen Dimension politischer Gewalt» und bestätigte, dass eine der beiden verletzten Frauen nur durch Zufall dem Tod entgangen sei. Der wissenschaftliche Dienst der Stadtpolizei Zürich fand in den Überresten des Pakets ein entsprechendes, sorgfältig verpacktes Bekenner schreiben in italienischer Sprache. Auch diese Täterschaft wurde nie ermittelt. Die Bundesanwaltschaft hat das Verfahren später sistiert.

Tschernobyl besiegelte das Ende von Kaiseraugst

Das kämpferische Vorgehen und die Besetzung der Baustelle hatten auch bei Motor-Columbus eine stärkere Wirkung, als je zugegeben wurde. Es begann eine Phase des Stillstands, begleitet von wachsenden Selbstzweifeln und dem allmählichen Zerbröckeln der jahrelang demonstrierten Entschlossenheit. Die Verantwortlichen standen ziemlich ratlos vor der Tatsache, dass keine Verständigung mit den ständig stärker werdenden AKW-Gegnern möglich war, was in der bis anhin gewohnten Kompromisskultur der Schweizer Politik ziemlich einmalig war. Im Januar 1977 wurde im Verwaltungsrat der Kraftwerk Kaiseraugst AG (KWK) zum ersten Mal die Frage eines Projektabbruchs diskutiert. Man stand vor einem Jahr mit einem Ausgabenbudget von wiederum 150 Millionen Franken für Projektkosten aller Art; es wurde dann um 50 Millionen Franken gekürzt. Die Banken sahen die Kreditwürdigkeit der KWK beschädigt und verlangten erfolgreich Garantien der beteiligten Partner, direkt für Rückzahlung und Verzinsung des Fremdkapitals einzustehen.

Während die Bewilligungsverfahren nur mühsam voran kamen, wuchs der Aufwand dynamisch. Im September 1978 resultierten aus einer neuen Berechnung schon Gesamtkosten für die Anlage von rund 3,22 Milliarden Franken, was unter Annahme einer zwanzigjährigen Amortisationsfrist einen Gestehungspreis für den Strom von 6,74 Rappen pro Kilowattstunde ergab – etwa das Dreifache der Summe, von der man ursprünglich ausgegangen war. Die Kosten für den Fall eines Abbruchs des Projekts wurden mit rund 714 Millionen Franken kalkuliert. Zugleich liess die Bauherrschaft bereits beim ETH-Rechtsprofessor Martin Lendi (*1933) durch ein staatsrechtliches Gutachten abklären, ob der Bund bei einem erzwungenen Abbruch der Vorbereitungsarbeiten entschädigungspflichtig werde, was der Experte erwartungsgemäss bejahte.

Offen bleibt, ob es eine Strategie der Gegner war oder ob es sich einfach so ergab: Mit ihrer Aktivität, insbesondere mit der 1976 eingereichten Atominitiative I, sorgten sie für die Überlastung der an sich schon personell unterdotierten Abteilung für die Sicherheit von Kernanlagen (ASK) und verlängerten damit die Behandlungszeit für die Kaiseraugst-Gesuche. Bei der Initiative ging es um die «Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit bei Bau und Betrieb von Atomanlagen». Sie verlangte, dass solche Anlagen nur gebaut werden dürften, wenn die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten – auch über Kantonsgrenzen hinweg – ihr Einverständnis bekunde. Die Zuständigkeit für die Erteilung von Konzessionen sollte an die Bundesversammlung übergehen.

Am 18. Februar 1979 sagten Volk und Stände sehr knapp Nein zur Atominitiative. Die deutlichen Ja-Mehrheiten in der Kaiseraugst-Region minderten den politischen Nutzen dieses Plebiszits für das umstrittene Projekt. Und Bundesrat Willi Ritschard versprach, «der bedeutenden Minderheit bei den zukünftigen Entscheidungen Rechnung zu tragen». Als Regierungsmitglied in einer auf Konkordanz aufgebauten direkten Demokratie hatte er keine andere Wahl, auch wenn die Gegenseite längst vom konkordanten Weg des Verhandels und der prinzipiellen Verständigungsbereitschaft abgewichen war.

Ausgerechnet jetzt: Three Mile Island

Ausgerechnet in diese Periode, auf den 28. März 1979, fiel der Zwischenfall im Kernkraftwerk Three Mile Island bei Harrisburg (USA). Durch technische Pannen und Fehler des Bedienungspersonals kam es nach einer Störung im Kühlsystem zum Schmelzen von 25 Prozent der Brennelemente. Radioaktive Gase gelangten an die Luft und kontaminiertes Wasser in den Fluss Susquehanna. Fünf Tage später konnte das Kühlsystem wieder in Gang gesetzt und der Reaktor verschlossen werden. Die Aufräum- und Reinigungsarbeiten dauerten über zehn Jahre und kosteten ca. eine Milliarde US-Dollar. Die Schweizerische Vereinigung für Atomenergie (SVA) beeilte sich zwar, in der Öffentlichkeit zu verbreiten, die in Harrisburg und Kaiseraugst verwendeten bzw. vorgesehenen Reaktorsysteme seien nicht vergleichbar und deshalb sei der Störfall in USA für die Standortbewilligung für Kaiseraugst nicht relevant. Aber das Unglück von Harrisburg und die wochenlange Ungewissheit verfestigten in der Öffentlichkeit die Überzeugung, dass eben doch etwas passieren könnte. Die ASK zog sofort die Schraube an und verfügte zusätzliche Überprüfungen in den bestehenden Kernkraftwerken Beznau, Mühleberg und Gösgen. Bundesrat Ritschard hatte der ASK entsprechende Weisung erteilt und diesen Abklärungen die erste Priorität zugeordnet. Damit zeichnete sich für die Prüfung der Kaiseraugst-Gesuche eine neuerliche Verzögerung ab.

Längst argwöhnten die Realisten in der Direktion der KWK, der Bund spiele auf Zeit und wende eine Verzögerungstaktik an in der Hoffnung, die Bauherrschaft gebe auf oder sie verzichte von sich aus auf das Projekt, was dann zugleich die willkommene Befreiung des Bundes von Entschädigungsansprüchen nach sich gezogen hätte. Am 5. Juni 1979 sprach der nachmalige Bundesrat Alfons Egli (1924–2016) aus, was schon viele dachten. In einem Postulat ersuchte der Luzerner CVP-Ständerat zur nicht geringen Überraschung seiner bürgerlichen Anhängerschaft den Bundesrat, durch Verhandlungen die Bedingungen zu ermitteln, unter denen die Projektanten zu einem Verzicht auf die Realisierung des Projekts bewogen werden könnten. Schwer zu glauben, dass der energiepolitisch bestens vernetzte Verwaltungsrat der Centralschweizerischen Kraftwerke

AG (CKW) diesen Vorstoss von sich aus und ohne Anregung der KWK bzw. der dahinter stehenden energiewirtschaftlichen Kreise unternommen hat!

In der Folge verfolgte die KWK eine Doppelstrategie. Nach aussen bekräftigte sie ihre Entschlossenheit, an dem Projekt festzuhalten – und gleichzeitig verhandelte sie diskret über die Höhe der Entschädigung. Verworfen wurde zum Beispiel die Idee, das «Sterbegeld» für Kaiseraugst über eine Erhöhung der Stromtarife zu finanzieren. Angedacht war eine Erhöhung um 2 Prozent während 20 Jahren, was die bereits aufgewendeten 750 Millionen gebracht hätte. 1979 verschärfte das Bankenkonsortium abermals seine Bedingungen und signalisierte damit der KWK und ihrem Projekt einen weiteren empfindlichen Verlust an Kreditwürdigkeit.

Das Postulat Egli wurde vom Ständerat gegen den Willen des Bundesrats gutgeheissen, was zwar keine rechtliche, wohl aber eine politische Verbindlichkeit hatte. In der Folge sondierte das Bundesamt für Energiewirtschaft bei den Kantonen und bei der KWK die Bereitschaft für eine Beteiligung, aber alle schoben die Verantwortung dem Bund zu. Erste Verzichtsverhandlungen scheiterten, weil der Bundesrat eine Schadenersatzpflicht ablehnte. Die KWK war in diesem Verhandlungspoker auf der verständigungsbereiten Seite und bekundete mehrmals die grundsätzliche Bereitschaft zum Verzicht auf das Projekt bei



Strassensperren, Schutzanzüge, Bewachung: Der Unfall von Three Mile Island in Harrisburg (USA) vom 28. März 1979 führte die – je nach Parteistellung tatsächliche oder vermeintliche – Bedrohung der modernen Zivilisation drastisch vor Augen, mächtig verstärkt durch das allgegenwärtige Fernsehen.

Entschädigung. 1981 nutzte der Bundesrat diese Konzilianz aus und gab bekannt, er werde das Gesuch um Rahmenbewilligung einstweilen nicht weiter behandeln, denn die Bauherrschaft lasse durch ihr Verhalten erkennen, dass es ihr mit dem Bau des Kraftwerks Kaiseraugst nicht wirklich ernst sei. Gleichzeitig wurde die KWK aufgefordert, eine Verzichtsofferte einzureichen.

Im Gefolge von Harrisburg verschärften die Bundesstellen ihre Anforderungen etwa bezüglich Alarmierung und Evakuierung im Unglücksfall, stellten Versäumnisse und Fehler in der bisherigen schweizerischen Praxis fest und gaben gleichzeitig zu verstehen, dass sie für die Bearbeitung der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst eigentlich gar keine Zeit hätten. Das Urteil des Kaiseraugst-Historikers Patrick Kupper ist in diesem Punkt eindeutig: «Die Zielsetzung hinter diesen Aktionen, die auch vom Bundesamt für Energiewirtschaft mitgetragen wurden, war eindeutig, der KWK die Weiterführung des Projekts zu verderben.»

Die «Kaiseraugst-Tragödie» war aber nicht nur schädlich. Die Motor-Columbus Ingenieurunternehmungen gewannen dank diesem in der Fachwelt als besonders schwierig bekannten Projekt verschiedene Aufträge für die Planung von Kernkraftwerken in Deutschland und anderswo in der Welt. Sie machten 1981 im Kernkraft-Sektor einen Honorarumsatz von rund 50 Millionen Franken, etwa die Hälfte ihres Gesamtumsatzes. Doch schon im folgenden Jahr geriet Motor-Columbus wegen ihrer missglückten Diversifikation in finanzielle Schwierigkeiten. Ihre Generalunternehmung Mobag sass auf hohen unverkauften Immobilienbeständen und verlor wegen der iranischen Revolution ein Grossprojekt für 6000 Wohnungen in Teheran.

Auflösungserscheinungen und politische Störmanöver

An der inneren Front der Schweizer Kernkraftwerk-Szene zeigten sich Auflösungserscheinungen. Die Gründungspartnerin EDF signalisierte im April 1981, sie wolle aus dem Kaiseraugst-Konsortium austreten, weil ihr Kreditrahmen von 90 Millionen Franken durch die Aktienkapital-Einzahlungen und Partnervorschüsse nahezu erschöpft sei. In Wirklichkeit hatten die Franzosen nach und nach ihr Interesse an Kaiseraugst verloren. Früh begruben sie die Hoffnung, anhand dieses schweizerischen Projekts die Siedewassertechnik zu erkunden; dann schieden die von ihnen protegierten französischen Lieferanten wegen mangelnder Wettbewerbsfähigkeit aus dem Lieferkonsortium aus. Auch die Reziprozität für die in den 1970er Jahren eingegangenen schweizerischen Beteiligungen an französischen KKW's hatte als Argument an Gewicht verloren. Oder um es direkt zu sagen: Inzwischen waren ja die Kernkraftwerke, die von der Schweiz benötigt wurden, mit schweizerischem Kapital in Frankreich gebaut worden.

KAISERAUGST, VON ZWEI SEITEN GEGEHEN

Mit seiner Dissertation «Atomenergie und gespaltene Gesellschaft» bot Patrick Kupper 2003 die bislang einzige zusammenhängende historische Darstellung der Geschehnisse um Kaiseraugst. Sein Fazit ist für Michael Kohn alles andere als schmeichelhaft: «Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das Projekt Kaiseraugst im Sommer 1975, anderthalb Jahre nachdem die Bau- und Betriebsgesellschaft KWK gegründet und beträchtliche Investitionen getätigt worden waren, auf die Klippen des gesellschaftlichen Umfelds aufgelaufen war. In der Zeit vor diesem Auflaufen hatte die KWK verschiedene Warnlichter ignoriert. Das Ausmass des hierbei angerichteten Schadens überraschte sicherlich alle Beteiligten: Finanzierung, Bauprogramm und Bewilligungsverfahren liefen aus dem Ruder, während gleichzeitig die politische Akzeptanz sank und die Notwendigkeit des Werks zur Bedarfsdeckung mehr und mehr in Frage gestellt wurde. Mit der Gründung der KWK hatten die Kaiseraugster Studienpartner unter Ausblendung entscheidender Faktoren wie dem nuklearen Bewilligungsverfahren einen hochriskanten Beschluss gefällt, der sich besser mit der zurückliegenden Projektgeschichte erklären liess als mit einer vorausschauenden Strategiefindung.»

Dem hielt Michael Kohn entgegen: «Aus heutiger Sicht mag das so aussehen. Aber damals waren wir gezwungen, trotz erkannter hoher Komplexität und entsprechender Risiken Schritt für Schritt voranzugehen, sonst wären wir überhaupt nicht weiter gekommen und – schlimmer noch: Wir hätten die Glaubwürdigkeit unseres Projekts beschädigt. Die finanziellen Risiken waren sämtlichen elf beteiligten Partnerfirmen bekannt. Aber sie verteilten sich entsprechend den Beteiligungsquoten. Die Risiken waren zwar enorm, aber für alle noch tragbar – und alle fühlten sich an den Versorgungsauftrag gebunden und sahen die Dringlichkeit ein, bei ständig steigendem Stromverbrauch für die Sicherstellung von Bandenergie zu sorgen und damit das allgemein angestrebte Ziel der Branche, den schweizerischen Energiemix aus Band- und Spitzenenergie, zu sichern.»

Mit dem angekündigten Rückzug der Franzosen verlor die KWK ein wichtiges Argument gegenüber den Bundesbehörden, das da war: französische Forderung nach Strombezug aus der Schweiz als Gegenleistung für französische Lieferungen an die Schweiz. Ausserdem ergaben sich bei diesem wahrhaft nicht ermutigenden Projektstand Schwierigkeiten, den französischen Anteil von immerhin 20 Prozent neu zu verteilen. Schliesslich blieb die EDF mit 7,5 Prozent an der KWK beteiligt, die restlichen 12,5 Prozent übernahmen die schweizerischen Aktionäre solidarisch und bargeldlos, denn die Anteile waren ja wertlos. Die EDF musste noch ein «Lösegeld» von 41 Millionen obendrauf legen, was ihren Anteil an den über das Aktienkapital hinausgehenden Vorschüssen deckte.

Während die Rahmenbewilligung für Kaiseraugst im eidgenössischen Parlament diskutiert wurde, begann die KWK heimlich die ersten, teils schon 1974/75 gefertigten und vor sich hin rostenden Anlagenteile zu verschrotten. Bereits im November 1981 wurden auch die 130 Tonnen Uran verkauft, die sich die KWK im Glauben, bald bauen und den Betrieb aufnehmen zu können, vorsorglich gesichert hatte.

Nichts kennzeichnete den seit Jahren andauernden faktischen Stillstand des Projekts Kaiseraugst besser als diese aus einleuchtenden Bilanzgründen heimlich unternommenen vorläufigen Bereinigungsschritte. Technisch war das Projekt auf der Seite der Projektanten schon auf dem Stand von 1979 eingefroren worden. Weiter entwickelt wurde es eigentlich nur über die ständig sich ausweitenden und zugleich hinhaltenden Anforderungen der Bundesbehörden.

Die Anti-AKW-Bewegung gab nicht auf und lancierte die Atominitiative II in der ausdrücklichen Absicht, sie zu einem «Kaiseraugst-Referendum» zu machen. Hauptziel dieser Initiative war, den Bau weiterer Kernkraftwerke nach Leibstadt zu verhindern. Gleichzeitig eingereicht wurde eine Initiative «für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung». Beide Initiativen wurden im September 1984 zwar mit je rund 55 Prozent Nein-Stimmen verworfen, erfüllten aber ihren zutiefst destruktiven Zweck als Störmanöver und als «Beschäftigungsprogramm» für die prüfenden Bundesinstanzen, deren Pendenzenberg noch mehr anwuchs. Dies wirkte sich vor allem zum Nachteil der buchstäblich «schwer geprüften» Atomenergiewirtschaft aus, sowohl der bestehenden wie der geplanten Anlagen. Und das war genau die erwünschte Wirkung.

Die Stimmung zwischen KWK und Standortgemeinde Kaiseraugst war inzwischen auf dem Tiefpunkt. 73,8 Prozent der Kaiseraugster hatten der Atominitiative II zugestimmt, ganz im Gegensatz zu den aargauischen KKW-Standortgemeinden Döttingen, Böttstein und Leibstadt, die mit Mehrheiten von über 80 Prozent verworfen. Es kam noch zu einem hartnäckigen Prozess um einen Landtausch für einen Feldweg.

Noch immer wollten die Kaiseraugst-Promotoren nicht aufgeben. Im Juli 1985 beschloss der Verwaltungsrat der KWK einen völligen Neubeginn durch eine Neuausschreibung des Projekts – das mithin faktisch zwanzig Jahre verloren hatte. Den Sicherheitsbehörden wurden die Werke von Gösgen, Leibstadt und Gundremmingen II als Referenzanlagen vorgeschlagen. Gleichzeitig wurde die KWK reorganisiert. Die Projektleitung ging von Motor-Columbus/EDF auf die Atel über, die Direktion wurde ausgewechselt. Die EDF und die Alusuisse benutzten die Gelegenheit, sich nun endgültig aus der KWK zu verabschieden. Die Kosten der verbleibenden Arbeiten bis zur nuklearen Baubewilligung wurden auf 189 Millionen Franken veranschlagt.

Eugène Tappy (1926–2011) blieb Präsident des Verwaltungsrates («Man soll die Pferde nicht wechseln, wenn es bergauf geht!»). An der Generalversammlung der KWK 1986 konnte der vor Optimismus strahlende Tappy den Aktionären bekannt geben, dass mit der Erlangung der Rahmenbewilligung ein weiterer wichtiger Meilenstein erreicht sei: «Das Wort ‹Verzicht› ist aus dem Vokabular vollständig verschwunden.»

Tschernobyl änderte alles

Das war am 28. April 1986 – ein historischer Tag, denn genau an diesem Tag drangen die ersten Gerüchte über ein unglaubliches, unvorstellbares Geschehen in Russland an die westliche Öffentlichkeit. Zögernd gestanden die offiziellen sowjetischen Quellen ein, es sei zu einem «Unfall» im Kernkraftwerk Tschernobyl gekommen. In Wirklichkeit war es ein Super-GAU: weit katastrophaler als es der «grösste anzunehmende Unfall» in einem Kernkraftwerk vorsieht. Michael Kohn sah darin «den erschreckenden Preis für eine Energienutzung, die bis dahin als unbedenklich galt». Gleichzeitig legte er aber Wert auf eine differenzierte Betrachtung:

«Trotzdem sei erlaubt, ein paar sachliche Feststellungen beizufügen: Was im ukrainischen Reaktor versagte, war die Kerntechnik. Aber Kerntechnik ist nicht gleich Kerntechnik. Tschernobyl ist nicht Gösgen oder Leibstadt! Die in der Schweiz betriebenen Kernreaktoren unterscheiden sich grundsätzlich von jenen in Tschernobyl, einmal in Bezug auf die physikalische Auslegung, zum anderen in Bezug auf die angewandte Technik, drittens durch die eingebauten Sicherheitsvorkehrungen, viertens durch die Sicherheitshüllen (Doppel-Containment). Zudem wurden in Tschernobyl die vorhandenen minimalen Sicherheitsvorkehrungen ausser Betrieb gesetzt, als man am Reaktor Versuche durchführte und fahrlässigerweise alle Kontrollen ausschaltete.»



Wissenschaftler untersuchen von einem Helikopter aus die Strahlenbelastung in Tschernobyl kurz nach dem Unfall 1986.

Im Mai ging der radioaktive Fallout aus Tschernobyl auch über der Schweiz nieder. Der Super-GAU von Tschernobyl wurde zum globalen Angstthema und veränderte ungeachtet der fundamentalen Unterschiede zwischen sowjetischer und westlicher Kerntechnik die politische und psychologische Lage rund um die Kernenergie grundlegend. Ihre ohnehin stark geschwundene Akzeptanz sank auf einen Tiefpunkt.

In einer Sondersession des Nationalrats im Oktober wurden zwar mehrere Vorstösse abgelehnt, die einen Verzicht auf Kaiseraugst forderten. Aber es folgten zwei neue Volksinitiativen, eine davon von der SP (Ausstieg), die andere vom Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (zehnjähriges Moratorium). Auch die bürgerlichen Parteien wurden im Vorwahljahr weich. Die Nationalräte Kaspar Villiger (*1941) und Franz Steinegger (*1943) beantragten ein fakultatives Referendum für den Bau von Atomanlagen, was rückwirkend auch für Kaiseraugst gelten sollte.

Die Tortenschachtel im «Schweizerhof»

Dann kam der 1. März 1988. Spätabends sassen einige Parlamentarier im Restaurant des Berner Hotels «Schweizerhof» beim Bier. Ein Kurier blickte sich ratlos um und suchte einen Herrn Blocher. Er übergab dem Zürcher SVP-Nationalrat und Industriellen Christoph Blocher (*1940) eine Tortenschachtel, worauf ihm die Kollegen zum vermeintlichen Geburtstag gratulierten. Blocher wehrte ab: «Nein, nein, ist nur für eine Bekannte, die morgen Geburtstag hat.» Dann zog er sich mit der Schachtel in sein Zimmer zurück und öffnete sie. Drin waren die Unterlagen für die Pressekonferenz, die er zusammen mit einigen wenigen Vertrauten für den nächsten Morgen vorbereitet hatte. Eigenhändig füllte Blocher bis in die frühen Morgenstunden die frisch gedruckten Unterlagen in die bereitgestellten Pressemappen ab. Am Abend des folgenden Tages erschien die «Basler Zeitung» mit einem triumphierenden Extrablatt: «Aus für Kaiseraugst.»

Ein von allen drei bürgerlichen Bundesratsparteien getragenes Komitee gab bekannt, der Bundesrat werde mit einer Motion durch Nationalrat Georg Stucky (*1930), FDP Zug, und Ständerat Jakob Schönenberger (1931–2018), CVP St. Gallen, beauftragt, mit der KWK ein Abkommen über die Nichtrealisierung des KKW Kaiseraugst abzuschliessen, «unter Entschädigungsfolge». Am gleichen Tag tagte der Verwaltungsrat der KWK, aber nicht alle wussten von den erfolgreich geheim gehaltenen Bestrebungen. Als Sprecher des Komitees trat Nationalrat Christoph Blocher auf. Er war seit 1982 Mitglied des Verwaltungsrates von Motor-Columbus. SP-Präsident Helmut Hubacher war Monate zuvor von Blocher eingeweiht worden, lehnte aber eine Beteiligung an der Aktion ab – und hielt loyalerweise dicht.

Der Unternehmer und politische Tatmensch Blocher hatte realisiert, dass Kaiseraugst nach Tschernobyl nicht mehr zu retten war. Nachdem alle Volksabstimmungen zugunsten der Kernenergie ausgegangen waren, beharrten die bürgerlichen Befürworter auf der Realisierung. Die Gegenbewegung drohte mit Krawall. In Basel verliefen die Fronten grundsätzlich anders; dort standen auch die meisten bürgerlichen Kräfte in den Reihen der Kaiseraugst-Gegner.

Ausserhalb der Region herrschte Stillstand. Die Bundesbehörden verschleppten das Problem. Seinem Biographen Markus Somm vertraute Blocher an, warum er beschloss, die gespenstische Situation zu klären: «Die Ruine Kaiseraugst ist das Resultat einer Führungsschwäche. Wir Bürgerlichen haben die Mehrheit, wir tragen also die Verantwortung, auch für das Scheitern von Kaiseraugst.» Mit Angelo Pozzi, dem Nachfolger von Michael Kohn im Amt des Verwaltungsratspräsidenten von Motor-Columbus, entwarf Blocher die Ausstiegsstrategie, deren Resultat schliesslich in der Tortenschachtel in den «Schweizerhof» geliefert wurde.

Der Donnerschlag verhallte. Nun ging es um Geld, um die Entschädigung der aufgelaufenen Kosten. Nach monatelangem Hin und Her gelang dem Zürcher Wirtschaftsanwalt Jean-Claude Wenger der Kompromiss: 350 Millionen Franken Entschädigung. Der Verwaltungsrat der KWK war zwar enttäuscht über die Höhe, sah aber mit dieser Zahlung den unter den gegebenen Umständen bestmöglichen Ausweg aus der verfahrenen Situation. Alle Beteiligten waren sich darüber im klaren, dass ein Beharren auf dem Rechtsstandpunkt und ein Festhalten an den Bauplänen zu einer staatspolitischen Zerreissprobe ohne Beispiel geführt hätte. Schon im September 1988 kündigte die KWK alle Verträge. Im März 1989 wurde der Kaiseraugst-Kompromiss durch die Schlussabstimmung im Parlament ratifiziert. Am 26. Juni 1989 trat er in Kraft. Das Referendum wurde nicht ergriffen.



Der Unternehmer und SVP-Politiker Christoph Blocher entwarf die Ausstiegsstrategie für Kaiseraugst.